



Grafik: Susanne Rohrig

Das Märchen vom bösen Asylanten

FLÜCHTLINGSPOLITIK 390 Asylbewerber kamen im Januar in Franken an. Die Regierungen suchen nach Unterkünften, viele Anwohner sind misstrauisch, haben Angst vor den Flüchtlingen. Warum eigentlich?

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
TOBIAS KÖPPLINGER

Hammelburg/Forchheim – Neulich in Hammelburg. Oder Forchheim. Oder – eigentlich egal wo: Die Reaktionen sind immer die gleichen. Die Regierung plant neue Unterkünfte für Flüchtlinge und die Bürger haben Bedenken. Vorurteile bestimmen Diskussionen, Klischees werden Argumente. Aber stimmen die? Woher kommt die Angst, wenn Asylbewerber kommen? **Ein Faktencheck.**

„Frauen können dann nicht mehr alleine zum Joggen gehen.“
– Ein Anwohner

Niemand spricht den Verdacht klar aus, aber die Angst ist spürbar: vor Vergewaltigung. Vor sexuellen Übergriffen. Vor den Asylbewerbern. Michael Zimmer, Sprecher der unterfränkischen Polizei, sagt: „Für eine derartige Befürchtung besteht keinerlei begründeter Anlass.“ In Mittelfranken zählte die Polizei 2010 und 2011 sieben Sexualdelikte durch Asylbewerber. „Das ist nicht mehr und nicht weniger wie im Rest der Gesellschaft“, sagt Elke Schönwald, die Leiterin der Pressestelle.

Aus Oberfranken heißt es: Eine Häufung von Sexualdelikten im Umkreis von Asylbewerberunterkünften gebe es nicht. Insgesamt nahmen die Beamten 2011 zwei Fälle auf: einmal Exhibitionismus, eine Vergewaltigung – und die war eine Beziehungstat. Opfer und Täter kannten sich. „Die Tat fand nicht im Umfeld einer Asylbewerberunterkunft statt“, sagt Sprecher Matthias Singer.

„Das Heim wird ein Unruhezentrum werden.“
– Ein Nachbar

„Bisher gibt es keine statistisch belegbaren Beweise dafür, dass in Bereichen, in denen Asylbewerberunterkünfte betrieben werden, die Kriminalitätsrate ansteigt“, sagt die Polizei. In Oberfranken nehmen Asylbewerber nur einen geringen Anteil der Tatverdächtigen ein. 2011 registrierte die oberfränkische Polizei 331 Fälle mit Asylbewerbern als Tatverdächtige, die Zahl der Gesamtstrafaten betrug 51 519. In Mittelfranken ermittelte die Polizei 2011 bei 91 179 Straftaten, 532 mal gegen Asylbewerber. Von dieser Zahl müssen 190 Taten abgezogen werden. Die ausländerrechtlichen Delikte, wie Residenzpflicht-Verstoß, die nur Asylbewerber begehen können. Bleiben 342 Straftaten.

„Ein solches Heim zieht rechte Gruppen an.“
– Eine Anwohnerin

Insgesamt existieren in den drei fränkischen Regierungsbezirken 59 Gemeinschaftsunterkünfte. Große Häuser, viele Menschen, eines mit 80 Plätzen eröffnet die Regierung von Unterfranken im März in Hammelburg. Daneben bringen die fränkischen Landkreise Flüchtlinge in 73 dezentralen Einrichtungen unter: Wohnungen, Gasthöfe, Pensionen. Frankenweit registriert die Polizei fremdenfeindliche Behauptungen, die Ängste in der Bevölkerung vor Überfremdung und steigender Kriminalität schüren wollen. Übergriffe auf Unterkünfte gab es in Unter- und Mittelfranken nicht. „Wir

sind bis 2003 zurückgegangen und haben nichts gefunden“, sagt Elke Schönwald. Im oberfränkischen Fichtelberg kam es am 9. Dezember 2012 und am 12. Januar 2013 zu Vorfällen in einer neuen Unterkunft. Unbekannte grölten Parolen, die Polizei ermittelt noch.

„Ja sollen „wir“, „die“ denn alle aufnehmen?“
– Ein Anwohner

Asylsuchende, die nicht aus einem sichereren Drittstaat nach Deutschland kommen, können sich an der Grenze oder im Landesinneren asylsuchend melden. Sie werden an die nächstgelegene Erstaufnahme-Einrichtung weitergeleitet und dann an eine der 22 Außenstellen des BAMF verteilt. In Franken ist dies Zirndorf. Dort stellen die Flüchtlinge ihren Asylantrag. Die Zuteilung erfolgt nach dem Königsberger Schlüssel. Dieser setzt sich aus Steuereinnahmen und Bevölkerungszahlen der Länder zusammen. Der Freistaat Bayern muss 2013 insgesamt 15,22 Prozent der ankommenden Flüchtlinge aufnehmen. Bremen 0,93 Prozent, Nordrhein-Westfalen 21,21 Prozent.



Flüchtlinge demonstrieren für ihre Rechte. Foto: Tobias Köpplinger

INTERVIEW

„Die Gesellschaft muss die Flüchtlinge aufnehmen und der Staat muss das fördern“

Würzburg – Fremdes, Neues und Ungewohntes beunruhigt Menschen. Der Sozialpsychologe Georg Förster (30) forscht an der Universität Würzburg über Vorurteile, Macht und Einfluss. Er sagt, nur der direkte Kontakt hilft, Ängste zu verlieren.

Die Flüchtlingszahlen steigen, die Regierung sucht nach Häusern und Teile der Bevölkerung reagieren mit Vorbehalten: Woher kommt diese nicht greifbare Angst?

Georg Förster: Ein leitendes Motiv ist das Bedürfnis nach Sicherheit. Menschen wünschen sich, in einer Lebensumwelt zu leben, die vorhersehbar ist. Dieses Bedürfnis nimmt mit dem Alter zu: Dem Wunsch, Neues zu erfahren, steht der Wunsch nach Sicherheit gegenüber. Fremdheit stört das Sicherheitsbedürfnis: Bei den noch unbekanntesten Asylbewerbern ist das Verhalten scheinbar schwerer vorhersehbar als beim Nachbarn, den man schon seit Jahren kennt, der im gleichen Schützenverein ist und sonntags in die gleiche Kirche geht. Und dann dringen auf einmal Leute mit anderem kulturellen Hintergrund, die man nicht einschätzen kann, in diese gewachsene soziale Struktur ein. Man unterstellt diesen Leuten zwar deswegen nicht gleich, dass sie alle Kriminelle sind. Aber es genügt für manche Menschen schon, um Ängste zu entwickeln, nicht mehr sicher sein zu können, dass das keine Kriminellen sind.

Die Bedenken hören sich oft an, als kämen Diebe und Vergewaltiger. Warum projiziert man alles Böse auf diese Menschen?
Weil manche Zusammenhänge sehen, wo keine sind. Menschen wollen Vorhersagbarkeit. Menschen meinen, Gefahren zu kennen: Überfälle

oder Vergewaltigungen – die erleben sie selten selbst, aber sie lesen davon, wissen, dass sie existieren. Jetzt werden Zusammenhänge gesucht, auch dort, wo keine existieren: Passieren zwei Dinge gleichzeitig und sind auffällig, dann sehen wir Ursachen in dem einen für das andere. Steht in der Zeitung, zwei junge Menschen mit Migrationshintergrund haben einen alten Mann verprügelt, dann wird im Migrationshintergrund die Ursache gesehen. Die Vorstellung, ich bin nicht mehr sicher, ist schwer zu ertragen. Nehme ich aber die Ursache in der aggressiven Kultur des anderen an, habe ich das Problem zwar noch nicht gelöst, aber einen ersten Ansatz.

Aber müsste nicht eigentlich ein ganz anderer Instinkt anspringen: Da sind Menschen, die mussten fliehen, denen muss ich helfen. Warum klappt das nicht?
Die Sozialpsychologie spricht von Opferdegradierung. Ein Phänomen, das insbesondere bei Vergewaltigungen bekannt ist. Das Opfer bekommt eine Teilschuld: Die Frau hat sich zu aufreizend angezogen, war ein bisschen selbst schuld. So wird das Sicherheitsgefühl wieder hergestellt. Menschen wollen in einer gerechten Welt leben, in der sie annehmen können: Solange ich mich gut verhalte, passiert mir nichts. Das lässt sich auf politisch Verfolgte übertragen: Wir tun uns schwer einzusehen, dass es auf der Welt Ungerechtigkeit gibt. Wir rücken zurecht, sagen: Der wird schon noch was anderes ausgefressen haben ...



Georg Förster

... sonst hätte er ja keinen Grund zur Flucht gehabt ...

... genau. Die Menschen sind vor staatlichen Institutionen geflohen. Wir können uns vielleicht noch vorstellen, dass es Unrechtsstaaten gibt. Aber das Bedürfnis, daran zu glauben, dass jeder Mensch – auch wir – am Ende immer das bekommt, was er verdient, ist eben sehr stark. Deshalb zweifeln wir doch immer ein bisschen, dass ein in unserem Sinn anständiger Bürger dort verfolgt wird. Und denken: Vielleicht doch ein Krimineller?

Was wäre eine Strategie, solche Ängste abzubauen?
Dort, wo Kontakt zwischen Flüchtlingen und Bevölkerung besteht, fallen Bedenken. Fremdenfeindlichkeit existiert in Deutschland auch dort, wo die wenigsten Ausländer leben. Das Feindbild ist in den Köpfen der Menschen präsent, aber der „Feind“ ist nicht greifbar. Der Kontakt mit der anderen Gruppe fehlt und damit auch die Möglichkeit, Vorurteile abzubauen. Das Problem in der Asylpolitik ist die Isolationsstrategie. Die Lager liegen ab vom Schuss. Das Geld reicht nicht für den Bus in die nächste Stadt. Gesellschaftliche Teilhabe existiert gar nicht. Flüchtlinge und Bevölkerung kommen nicht zusammen. Wir dürfen nicht denken, der Staat nimmt die Flüchtlinge auf und die Gesellschaft muss sie in ihrer Nachbarschaft dulden. Flüchtlinge brauchen die Unterstützung der Gesellschaft. Nicht nur der Staat muss diese Menschen aufnehmen, sondern die Gesellschaft. Der Staat muss dazu aber seine verordnete Isolationspolitik beenden und die Öffnung der Gesellschaft gegenüber Flüchtlingen fördern.

Das Gespräch führte Tobias Köpplinger